

Ist DIE LINKE noch zu retten?

Sechs Thesen

„Alle große politische Action besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“
Ferdinand Lassalle

Die beiden Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE haben angekündigt, auf dem nächsten Parteitag im Oktober dieses Jahres nicht mehr anzutreten. Zugleich wird darüber diskutiert, wie eine strategische Neuaufstellung der Partei aussehen könnte. Diese ist dringend notwendig, wenn DIE LINKE überhaupt noch eine Zukunft haben kann. Eine harte selbstkritische Aufarbeitung der Entwicklung seit 2012 ist notwendig. Die anhaltenden Neueintritte zeigen, dass es den Wunsch danach gibt und die Bereitschaft, sich zu engagieren. Das Warten anderer auf eine inhaltlich und personelle Neuaufstellung gehört auch dazu.

Zunächst sah es nach einem Weiter-So aus. Die Führung der Partei DIE LINKE¹ brachte das Ergebnis der Europawahlen- und Kommunalwahlen am Abend des 9. Juni im ersten Satz ihres Briefes an die Mitglieder der Partei prägnant so auf den Punkt: „Die Linke ist in einer herausfordernden Lage.“ (Die Linke 2024) Dies war wohl auch der erste Gedanke des Kapitäns der Titanic, nachdem ein Eisberg den Rumpf des Ozeanriesens in ganzer Länge aufgerissen hatte. Er hatte einfach den falschen Kurs zu falscher Zeit gewählt. Wie aber konnte es dazu kommen, dass DIE LINKE einen Weg wählte, der ihr fast jeden politischen Einfluss raubt, nachdem sie doch 2005 so fulminant gestartet war? Ich werde dazu sechs Thesen formulieren.² Dabei stütze ich mich auf Überlegungen, die in einem Artikel von Gabi Zimmer, Judith Dellheim, Dieter Hausold und mir formuliert sind (Zimmer et al. 2024).

Erste These: Das Ergebnis der Europawahlen für DIE LINKE war – auch – das Resultat einer über viele Jahre gewählten strategischen Richtungsentscheidung.

In den ersten Reaktionen auf das Wahlergebnis von 2,7 Prozent der abgegebenen Stimmen für DIE LINKE wurden seitens parteinahen Analytikern vor allem Gründe angeführt, die auf die besonderen aktuellen Bedingungen in Folge der heftigen Auseinandersetzungen in der Partei und der Abspaltung des Flügels um Sahra Wagenknecht zurückgehen. Die erweiterte Parteiführung schrieb am Wahlabend: „Der jahrelang öffentlich ausgetragene innerparteiliche Konflikt, die Abspaltung der Gruppe um Wagenknecht und der damit verbundene Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag haben das Bild in der Öffentlichkeit schwer beschädigt. Notwendige politische und strukturelle Weiterentwicklungen blieben zu lange auf der Strecke. Viele Wähler*innen können nicht erkennen, wie wir zu wichtigen Fragen und aktuellen Auseinandersetzungen stehen, und ob wir uns wirkungsvoll für ihre Interessen einsetzen können.“ (Die Linke 2024)

Moritz Warnke von der Rosa-Luxemburg-Stiftung bescheinigt in seinem

1 Ich verwende bewusst die ursprüngliche Schreibweise des Parteinamens, da die neue Schreibweise in noch höherem Maße beansprucht, die Gesamtlinke zu repräsentieren und der Unterschied zwischen der Linken insgesamt und einer Partei, die sich „Die Linke“ nennt, gegenüber „DIE LINKE“ noch zusätzlich verwischt wird.

2 Sie greifen teilweise zurück auf Veröffentlichungen, die teils 20 Jahre zurück liegen und einerseits auf die Wahlniederlage der PDS 2002 und andererseits auf die Bildung der LINKEN zurückgehen (Brie 2003; Brie et al. 2007).

„Wahlkampfbericht“ der Partei DIE LINKE eine „solide personelle Aufstellung“ für die Wahl und einen ebenso soliden Wahlkampf, „mit Fokus auf dem linken Kernthema „Soziale Gerechtigkeit“, ein Programm, das im Wahlcheck von NGOs wie dem WWF oder Oxfam am besten abschnitt“ (Warnke 2024, 5). Es gäbe eine Reihe von positiven Entwicklungen: „[...] zu aller erst ist die Situation überwunden, dass die öffentlich vernehmbaren Stimmen aus der Partei permanent mixed messages senden, so dass am Ende völlig unklar ist, wofür Die Linke steht. Mit dem Programm, das sich mit dem Kapital und den Superreichen ernsthaft anlegen will um die Krisen unserer Zeit im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation zu meistern, besteht weiterhin ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Betrieb. Dem Vernehmen nach gibt es auch eine neue Einigkeit zwischen Partei- und Fraktionsführung, ein neues Corporate Design wurde entwickelt und im Ergebnis einer Eintrittswelle beleben Tausende neue Mitglieder die Parteistrukturen.“ (Ebd.) Das Potential an Wählerinnen und Wählern liege „komfortabel“ bei 15 Prozent. Warnke kommt zu dem Schluss: „Da sich ein Image aber im Langzeitgedächtnis bei Wähler:innen ablagert, werden diese Faktoren Zeit brauchen, bis sie wirken können.“ Den positiven Faktoren stünden eine geringe mediale Macht, der Verlust des Fraktionsstatus und die Konkurrenz mit dem BSW entgegen.

Aber war es tatsächlich so, dass die Wählerinnen und Wähler nicht wussten, wie DIE LINKE „zu wichtigen Fragen und aktuellen Auseinandersetzungen“ steht? Spätestens mit der Gründung des BSW war dies vorbei. Denn dessen Gründung ging ja ein fast zehnjähriger Kampf um die inhaltliche Ausrichtung der Partei vorher, der mit beträchtlicher medialer Ausstrahlung vor allem seitens Sahra Wagenknechts geführt wurde. Zweifelsohne hatten die vorhergehenden Wirren und Angriffe einen negativen Einfluss. Zugleich aber sprechen die realen Wahlergebnisse dafür, dass sich die Profilsetzung, die unter der Führung von Katja Kipping und Bernd Riexinger über ein Jahrzehnt vorgenommen wurde, sich ausgezahlt hat. Es gibt gute Gründe, das Ergebnis von 2,7 Prozent der für DIE LINKE bei den Europawahlen abgegebenen Stimmen als Erfolg der Parteiführung und ihrer Wahlkampfstrategen zu bezeichnen. Es gelang, bei Frauen bis 25 Jahren einen Anteil von 8,2 Prozent zu erreichen und den Grünen und der SPD Wählerinnen und Wähler abspenstig zu machen, wenn auch nur jeweils 40 Tsd. bzw. 10 Tsd. Mehr noch: Der Anteil der Höherqualifizierten an der realen Wählerschaft der LINKEN und an jenen von ihnen, die in Metropolenregionen wohnen und denen es wirtschaftlich gut geht, ist gestiegen (Neu/Roose 2024, 12). Zudem: Die Wählerschaft ist in ihren Einstellungen deutlich homogener geworden. Wie Carsten Braband in seiner Analyse der Ergebnisse der Europawahl mit Blick auf DIE LINKE schreibt: „Nach ersten Verlusten 2022, womöglich durch den Krieg in der Ukraine, ist die Unterstützung Der Linken in der akademischen Mittelklasse bei etwa vier Prozent weitgehend stabil geblieben. Diese Klassenlage beinhaltet Personen, die in Berufen mit höheren universitären Qualifikationsanforderungen arbeiten oder zuletzt gearbeitet haben, wie Lehrer*innen, Ingenieur*innen oder Jurist*innen. Auch unter Studierenden und anderen Personen in Ausbildung sind keine Verluste zu verzeichnen. Während die Unterstützung Der Linken unter selbsterklärten (Produktions-)arbeitenden 2024 wieder das niedrige Niveau von 2021 erreichte, haben Dienstleistungsarbeitende (etwa Postbot*innen oder Busfahrer*innen) Der Linken besonders stark den Rücken zugekehrt. Noch stärker hat sie in der sogenannten unteren Dienstklasse verloren, also in der Grenzgruppe der Beschäftigten, die in Berufen mit Qualifikationsanforderungen oberhalb von Berufsausbildungen, aber unterhalb von Diplom- oder Masterabschlüssen arbeiten oder zuletzt gearbeitet haben. Zu ihr gehören etwa Techniker, Meister und Buchhalter*innen.“ (Braband 2024a)

Die früheren Differenzen in der Frage der Migration, die die Wählerschaft wie auch die Partei selbst prägten, sind weitgehend verschwunden. Dabei steht gerade dieses Thema, das große Teile der Bevölkerung erregt, seit 2015 immer wieder im Zentrum und wirkt wie eine Linse, durch das hindurch auf viele andere Fragen, nicht zuletzt auf die soziale Frage, geblickt wird. Die zitierten Begründungen für die Wahlniederlage bei der Europawahl mögen zwar die geringe Fähigkeit erklären, Bürgerinnen und Bürgern neu zu gewinnen, ihre Stimme für DIE LINKE abzugeben, sie verkennen aber, so meine These, dass die Abwanderungen seit einer ganzen Reihe von Jahren zu einem großen Teil genau dadurch erklärt werden können, dass diejenigen früheren Wählerinnen und Wählern der LINKEN, die sich in großer Zahl für das BSW entschieden oder Wahlenthaltung übten, glasklar erkannt hatten, welche Position diese

Partei „zu wichtigen Fragen“ hat und wo sie in „aktuellen Auseinandersetzungen“ steht.

Dies erklärt auch, wieso die auf einer ganzen Reihe von Parteitag der LINKEN im letzten Jahrzehnt beschlossenen und kommunizierten Positionen und die Auffassungen der erreichten Wählerschaft sich nun weitgehend decken. Dies wurde nicht zuletzt dadurch möglich, dass 1,3 Mio. Wählerinnen und Wählern abwanderten, die die LINKE längere Zeit trotz ihrer Positionen in der Migrationsfrage wählten, und der LINKEN nur 1,01 Mio. Stimmen jener verblieben, die sie nicht zuletzt genau deshalb wählten. Über ein Drittel der Abwandernden wandten sich dem BSW zu. Das waren fast so viele, wie sich entschieden, doch DIE LINKE zu wählen. Noch einmal dreißig Prozent früherer Wählerinnen und Wähler nahmen schlicht an der Wahl nicht teil, elf Prozent entschieden sich, die AfD zu wählen, so Infratest Dimap (Neu/Roose 2024, 9). Ganz offensichtlich: Noch so ein „Sieg“ und DIE LINKE ist verloren.

Der Erfolg der Parteiführung der LINKEN und ihrer Strategen hat ganz offensichtlich eine Kehrseite: So fein wie progressiv die erzielte Wählerschaft erscheinen mag, so klein war sie aber auch, als es am 9. Juni zum Schwur kam. Die Wahlen zum Europaparlament haben gezeigt: Herausgekommen für DIE LINKE ist eine weitgehend homogene, aber für den dauerhaften Bestand als bundesweite Partei viel zu kleine Wählerschaft. Man ist immer mehr seinesgleichen: Gebildet, urban, weltoffen, libertär und linksorientiert. Es scheint, man ist dem Rat von Bertolt Brecht an die Regierung der DDR gefolgt und hat sich von Teilen des eigenen Wahlvolks abgewandt, um sich ein anderes zu wählen, das aber die Wahl in großer Mehrheit nicht annahm. Man hat „klassenverbindende Politik“ propagiert und doch klassenspaltend agiert.

Carsten Braband bringt dies in einer Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung so auf den Punkt: „Mit ihrem Eintreten für legale Fluchtwege und die die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten ist die Wahrnehmung, dass die Linke sich für eine Erleichterung von Zuwanderung gegenüber dem migrationspolitischen Status quo einsetzt faktisch korrekt. Diese Positionen sind Beschlusslage der Partei und werden seit Jahren offen durch ihr Spitzenpersonal vertreten. Auch wenn der eskalierende innerparteiliche Konflikt nach 2017 noch einmal zusätzliche Aufmerksamkeit hierauf gelenkt hat, braucht es hierfür keine verzerrenden Zuschreibungen ehemaliger Parteigenossinnen, auf die manche Parteifunktionäre gerne verweisen. Mit der Bekanntgabe der Kandidatur bzw. der Aufstellung der als Seenotretterin bekannten Carola Rackete für die Liste der Linken zum Europaparlament haben Parteivorsitzende und Parteitag dem noch einmal zusätzliches symbolisches und personelles Gewicht verliehen.“ Braband fügt hinzu: „Seit 2017 kam es bereits zu einem damit in Zusammenhang stehenden beachtlichen Wähler*innenaustausch bzw. 2021 einem Wähler*innenverlust. [...] 2021 hat die Linke [...] mehr Befürworter:innen einer restriktiven Zuwanderungspolitik verloren, als sie progressive Wähler*innen gewinnen konnte.“ (Braband 2024b) Hinzu kommt die Profillosigkeit in Bezug auf den Ukraine-Krieg, einer zweiten brennenden Zeitfrage. Man hat die Deutung des Krieges als Angriffskrieg Russland übernommen, den interimperialistischen Charakter verdrängt und zur Mäßigung bei den Waffenlieferungen aufgerufen. Auch in dieser Frage erwies sich DIE LINKE aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger als – linker – Teil des herrschenden Blocks.

Gleichzeitig wuchs in der verbliebenden Gruppe, die die Absicht hatten, DIE LINKE zu wählen, der Anteil jener, die sich positiv auf die Klimabewegung beziehen. Auch hierzu noch einmal Braband: „Im November 2023 noch lehnte ein substanzieller Teil der Linken-Wähler*innen Klimaschutzgruppen wie Fridays for Future gänzlich ab [...] Im März 2024 dagegen ist die Unterstützung für die Linken in dieser Gruppe fast völlig eingebrochen (links, unten). Vermutlich haben sich viele dieser Wähler*innen wegen des veränderten Personaltableaus bzw. der Wahrnehmung, dass Die Linke nun die Partei der Bewegungen sei – und damit nicht mehr ihre – abgewandt. Dafür spricht zum einen, dass bei keinem anderen Parteielektorat eine solche Einstellungsveränderung sichtbar ist [...] Zum anderen machen gerade Wechselwähler*innen ihre Wahlentscheidung oftmals an Spitzenkandidat*innen einer Partei fest [...]. Die Aufstellung von Carola Rackete als eine Spitzenkandidatin der LINKEN bei der Europawahl hatte Folgen: „Gerade im verunsichernden Augenblick der Abspaltung dürfte Die Linke mit diesem Zeichen einen substanziellen Teil ihrer Wähler*innen vor den Kopf gestoßen und so selbst zu ihren Verlusten beigetragen haben.“ (Braband 2024a)

Nimmt man diese Befunde ernst, so ist der Schluss zwingend, dass die Partei DIE LINKE in allen drei Fragen, die die politische Tagesordnung der Bundesrepublik seit 2015 bestimmen, in den Augen der eigenen potentiellen Wählerinnen und Wähler Positionen bezogen hat, die zur Entfremdung und Abwendung gerade jener geführt haben, für die die soziale Frage und der Schutz im Vordergrund stehen. Es sind jene, die in Krieg und Aufrüstung, Finanzmarkt-Kapitalismus und dramatischer Verschärfung der Konkurrenz bei gleichzeitigen Versuchen eines Umbaus hin zur Klimaneutralität existentielle Bedrohung ihres sozialen Status sehen und nach jenen rufen, die ihnen helfen, dieses Status zu verteidigen. Das erklärt auch, dass DIE LINKE, die die soziale Frage nicht zuletzt im Wahlkampf zum Europarlament so entschieden in den Vordergrund gestellt hat, trotzdem so dramatisch an Zustimmung verlor. Ich behaupte: Das Verhältnis der Partei zu den genannten Fragen wurde als Ignoranz gegenüber den wirklichen Nöten der Bürgerinnen und Bürger in bedrohten sozialen Lagen gewertet. Die untrennbare Verbindung der sozialen Frage mit Migration, Krieg und Ökologie wurde parteistrategisch völlig verkannt, wenn auch verbal immer wieder beschworen. Mit Positionen zu den polarisierenden Ereignissen und Tendenz von Migration, Krieg und Ökologie, die an den Einstellungen größerer Teile der nichtakademischen lohnarbeitenden Klasse vorbeigingen, sowie mit der fast geräuschlosen Ein- und Unterordnung unter die Coronapolitik hat die Partei DIE LINKE zugleich den ureigenen Markenkern einer Linken, die Glaubwürdigkeit, die sozialen Interessen der Lohnarbeitenden ins Zentrum zu stellen, untergraben.³ Wie Braband schreibt, „hat Die Linke in den Augen der Wähler*innen [...] den zentralen Wahlgrund für die Partei weitgehend verspielt: das Vertrauen, die Glaubwürdigkeit, sprich die Kompetenz in ihrem ‚Markenkern‘ Soziales, bzw. soziale Gerechtigkeit. 2024 sahen nur noch sechs Prozent der Wähler*innen sie als die in diesen Fragen kompetenteste Partei (2019: 15 Prozent, 2021: 11 Prozent).“ (ebd.) Dies ist eine dramatische Feststellung. Und wenn sie stimmt, dann ist es völlig falsch, das desaströse Wahlergebnis damit zu erklären, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht wussten, mit wem sie es bei der Partei DIE LINKE zu tun haben und es nur mehr Zeit bräuchte, um ihnen dies endlich besser zu vermitteln. Jene, die sich von der LINKEN abwandten, wie jene, die sich zuwandten, wussten, was sie taten.

Fast zwanzig Jahre nach dem gemeinsamen Aufbruch und dem Zusammengehen von PDS und WASG muss konstatiert werden, dass die Partei DIE LINKE ihr wichtiges Ziel verfehlt hat. 2011 hatte sie sich in ihr Parteiprogramm geschrieben, dass ihr zentrales strategisches Ziel der Richtungswechsel der Politik sei: „Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an. Hierfür ist es erforderlich, die Solidarität der Lohnabhängigen herzustellen, von den Kernbelegschaften bis zu den Erwerbslosen und prekär Beschäftigten. Eine wichtige Aufgabe der LINKEN besteht darin, deren gemeinsame Interessen zu betonen.“ (DIE LINKE 2011, 72) Anstelle zu einem Dritten Pol im deutlichen Gegensatz zum herrschenden liberalen Mainstream und Machtkartell einerseits und zur Neuen Rechten andererseits zu werden (Brie/Candeias 2017a). Der nach den Bundestagswahlen von 2017 angemahnte Strategiewechsel der Partei DIE LINKE blieb aus. Heute erscheint in der großen Mehrheit der Bevölkerung die Partei als Teil des liberalen Mainstream, der soziale, ökologische oder auch friedenspolitische Korrekturen einklagt, aber keine grundlegende Differenz markiert. Braband.

Ungelöst blieb das Problem der Schaffung eines solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses: „Die ‚solidarische Mitte‘ ist [...] gesellschaftlich wenig verankert. Sie hat keinen vertrauenswürdigen und überzeugenden Bezug zu der ‚bedrohten Mitte‘ und zu den Prekarisierten im Unten der

³ Ende 2022 schrieb ich in einem Artikel für das *ndf*: „Das Problem der Partei DIE LINKE ist nicht, dass sie nicht viele richtige Positionen vertritt, sondern in einigen Fragen falsche oder völlig unklare Positionen. Und leider lässt sich dies nicht arithmetisch gegeneinander aufrechnen. Die Bürgerinnen und Bürger, die ganz normalen Leute fragen vor allem: Wie haltet Ihr es in jenen Fragen, die für uns die brennend aktuellen Fragen sind? Wie positioniert Ihr Euch nicht auf ruhiger See mit lauen Lüftchen, sondern im Sturm? Wieso seid Ihr da so unentschieden und profillos, wenn es darum geht, wider allen Orkan den Kurs zu finden? Wofür steht Ihr dort, wo es um alles geht?“ (Brie 2024b, 35)

Gesellschaft, bei den Niedrig- und Tagelöhnern. Die Welten sind sehr unterschiedlich, die Kulturen sich fremd. Für ein unverzichtbares Mitte-unten-Bündnis fehlt weitgehend das ‚Unten‘.“ (Brie/Candeias 2017b) Schlimmer noch: Die Flügel der Partei DIE LINKE spalteten sich entlang dieser Linie und formierten einen geradezu antagonistischen Gegensatz. Anstelle der 2017 erhofften LINKEN Plus entstanden das BSW und eine LINKE Minus.

Zweite These: DIE LINKE hat eine falsches Verständnis von Progressivität übernommen und sich damit ihrer Klassenbasis beraubt

Wieso aber hat DIE LINKE seit vielen Jahren per Beschluss auf Parteitage und durch ihren Vorstand eine Strategie verfolgt, die sie an den Rand des Abgrunds und vielleicht schon in eine Situation des freien Falls getrieben hat? Im Folgenden wird versucht nachzuweisen, dass dies – auch – die Konsequenz dessen war, dass sie die Sicht von unten auf die kapitalistische Konkurrenz- und Klassengesellschaft verlernt hat und linkslibertäre Positionen in den Führungsetagen der LINKEN vorherrschend wurden. Und dies begann damit, dass man die liberale Deutung von „progressiv“ und „konservativ“ übernommen hat und damit große Teile der lohnarbeitenden Klassen als „konservativ“ abgeschrieben hat.

Im Zeitalter des Neoliberalismus sind die Begriffe „progressiv“ und „konservativ“ trügerisch geworden. Die Herrschenden haben das Libertäre in ihr Projekt übernommen und genau damit den Durchmarsch des Neoliberalismus erst ermöglicht. Clinton in den USA, Blair, Jospin und Schröder in der EU haben sich geradezu als Verkörperung von Progressivität inszeniert und dadurch dem Neoliberalismus und Finanzmarkt-Kapitalismus jene finale politische Schubkraft verliehen, die es ermöglichte, die noch vorhandenen Barrieren zu schleifen. Der damit verbundenen sprachlichen Verwirrung, bei Politiken als „progressiv“ dargestellt werden, die ganz offensichtlich den Interessen der Lohnabhängigen diametral widersprechen, muss durch die gesellschaftliche und politische begegnet werden, wenn sie einen Ausweg aus dem Finanzmarkt-Kapitalismus und der herrschenden Politik suchen. Konfuzius hatte mit gutem Grund die Aufgabe, „die Namen richtigstellen“ an den Anfang jedes politischen Handelns gestellt: „Stimmen die Namen und Begriffe nicht, so ist die Sprache konfus. Ist die Sprache konfus, so entstehen Unordnung und Misserfolg.“ (Konfuzius 1988, 100) Sprechakte sind nicht zuletzt Handlungen, in dem durch Erzählungen Identitäten des „Wir“ erzeugt, Abgrenzungen zu den „Anderen“ vorgenommen werden. Kollektive Selbstbestimmung hängt in hohem Maße davon ab, ob Narrative geprägt werden, die ein solches besonderes Wir ermöglichen. Auch am Unvermögen, ein solches gemeinsames Narrativ unter den gegenüber 2005 veränderten Bedingungen zu bilden, ist DIE LINKE m. E. gescheitert.

In der aktuellen politikwissenschaftlichen Literatur, auf die sich viele Analysen im Umfeld der LINKEN beziehen, werden „progressive“ Positionen mit Forderungen identifiziert, die Ungleichheit kritisieren (Mau et al. 2023a, 259). Dabei werden vier Ungleichheitsdimensionen ins Zentrum gerückt: Oben – Unten (Fragen der Umverteilung von Reichtum), Innen – Außen (Migration), Wir – Sie (Gender), Heute – Morgen (Klima). „Progressiv“ sind dann jene Haltungen, die „das Unten“, „das Außen“, „das Sie“ und „das Morgen“ gegenüber „dem Oben“, „dem Innen“, den „Sie“, das sich nicht in traditionelle Geschlechterrollen einfügt“, oder „dem Morgen“ zu stärken suchen. Die Autoren bestimmen „progressive Werte“ als „umverteilungsaffine, migrationsfreundliche sowie anerkennungs- und transformationsbereite“ Positionen (ebd., 353). In Tabelle 1 sind einige der Indikatoren, an Hand derer durch Mau/Lux/Westheuser „progressive“ bzw. „konservative“ Einstellungen gemessen wurden, knapp zur Verdeutlichung zusammengefasst.

Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren der Faktorenanalyse zur Bewertung „progressiver“ und „konservativer“ Einstellungen (Mau et al. 2023b, 20f.)

	„progressiv“	„konservativ“
<i>Oben-Unten</i>	Einkommens- und Vermögensunterschiede zu groß; Hartz-IV-Sätze sollten deutlich erhöht werden Staat soll Einkommensunterschiede stärker verringern	Was man erreicht, hängt von eigener Anstrengung ab Langzeitarbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten Armut ist eine Frage der Leistungsbereitschaft
<i>Innen-Außen</i>	Migration bereichert unser kulturelles Leben	Es gibt in Deutschland zu viele Migranten Gleiche Rechte nur für Migranten, die sich integrieren Einheimische bekommen zu wenig, weil Migranten zu viel bekommen
<i>Wir-Sie</i>	Homosexuelle in Deutschland immer noch diskriminiert Gut, dass gleichgeschlechtliche Ehen erlaubt sind Gendergerechte Sprache ist wichtig für Gleichstellung	Viele übertreiben es mit der Toleranz für LGBT
<i>Heute-Morgen</i>	Ich bin sehr besorgt über den Klimawandel Für Klimaschutz mehr Windräder, auch in Ortsnähe Wer viel hat, soll viel zum Klimaschutz beitragen	Forderung umweltbewusst zu leben ist eine Zumutung Klimaschutz droht unseren Wohlstand zu gefährden Klimawandel kann durch Technik bewältigt werden

Eindeutig ist der Befund von Mau, Lux und Westheuer, dass die Gesellschaft der Bundesrepublik keinesfalls in sich polar gegenüberstehende Lager der „Progressiven“ und der „Konservativen“ gespalten ist, die jeweils eindeutig die eine oder andere der in Tabelle 1 genannten Fragen positiv oder negativ beantworten. Sie kommen zu dem Schluss: „Die Meinungslandschaft ist von einer Klassenspezifität gekennzeichnet, aber nicht von einer Klassenpolarisierung. Damit ist gemeint, dass die Einstellungen in allen vier Arenen systematisch mit der Klassenlage zusammenhängen; keine der Arenen ist aber so verfasst, dass sich zwei Klassen als Antagonisten gegenüberstehen und gleichsam in entgegengesetzte Richtungen ziehen. Die Extreme der Klassen spannen sich zwischen einer ‚eher‘ ungleichheitskritischen Position und einem unentschiedenen ‚teils, teils‘ auf.“ (ebd., 290) Während es in der Frage von Oben und Unten vor allem die Klassenlage ist, die die „Meinungsverschiedenheiten zu einem nennenswerten Grad aufschlüsselt“, ist es bei der Frage von Migration stärker noch die Bildung, während es bei Gender-Fragen eher das Alter ist (ebd., 297).

Holt man die gestellten Fragen aus dem analytischen Rahmen von „progressiv“ und „konservativ“ in den Kontext der realen gesellschaftlichen Verhältnisse und bettet sie wieder ein in die Lebenswelten der Befragten, so verbietet sich m. E. jede uneindeutige positive Wertung einer „progressiven“ Beantwortung genauso wie eine uneindeutige negative Wertung der „konservativen“ Antworten. Während die sozialwissenschaftlichen Begriffe „progressiv“ und „konservativ“ theoretische Konstruktionen sind, werden die Antworten ausgehend von einem praktischen Bewusstsein gegeben. Die Antwortenden bewerten die Frage unter dem Aspekt dessen, welche Folgen diese oder jene gesellschaftliche Entwicklung für sie, ihre soziale Lage, ihr Lebensperspektive, ihr Selbstverständnis und Identität haben.

Geht man von den realen Verhältnissen einer durch Kapitalverwertung und globale wie innergesellschaftliche Konkurrenz dominierten Gesellschaft aus, dann stellt sich die Frage, ob es vom Standpunkt der lohnarbeitenden Klassen wirklich ein „Fortschritt“ ist, wenn gesellschaftliche Anerkennung und Verteilung sich *in keiner Weise* nach der Leistung richten sollte. Und ist

es „rückschrittlich“, wenn man Lohnarbeitende daran zweifeln, dass *jede* Art von Migration eine „Bereicherung“ darstellt? Wie Klaus Dörre et al. deutlich machen, sehen die nichtakademischen Lohnarbeiter in der Autoindustrie, einem Pfeiler des deutschen Industriemodells, eine Bedrohung ihre hart erkämpften und über Jahrzehnte immer wieder neu verteidigten Status. In Teilen der Klimabewegung werde nicht anerkannt, „dass die von Produktionsentscheidungen Ausgeschlossenen mit ihren lebensweltlichen Freiräumen zugleich den Sinn ihrer Arbeit, das erworbene Sozialeigentum und damit ihren sozialen Status verteidigen“ (Dörre et al. 2023, 23). Sie zitieren aus einem Interview eines Arbeiters bei Opel, der sich gegen die „Klimakleber“ wendet: „Auf die Straße kleben, das ist auch für mich so eine ungeheuerliche Frechheit eigentlich, weil wen triffst du damit? Du triffst den einfachen Mann, der einfach nur seine schieß Termine einhalten muss, der auf Arbeit muss, der seine Kinder von der Schule nur abholen will. Der komplett da drauf angewiesen ist, dort langzufahren. Denen schadest du damit. Nicht dem, der es auslöst. Diesem Wirtschaftssystem, was nun mal zurzeit einfach darauf ausgelegt ist: „Wir brauchen mehr, immer mehr, mehr Neues, mehr, mehr, mehr, mehr, mehr.“ (ebd., 22)

Bezogen auf die Umverteilungsfrage (Oben-Unten) wird deutlich, dass zwei soziale Gruppen, die in allen drei anderen Ungleichheitsfragen weit auseinander sind, ähnlich kritisch sind – die sog. kulturellen Experten (nicht zuletzt Lehrer und Sozialarbeiter) einerseits und die Dienstleistung- sowie (etwas abgestuft) die Produktionsarbeiter. In der Forderung nach Verringerung sozialer Ungleichheit mit den gehobenen kulturellen Dienstleistern vereint, ist die nichtakademische Arbeiterschaft deutlich skeptischer als diese, was die Frage verstärkter Migration oder Beschleunigung des ökologischen Umbaus betrifft. Und während die Arbeitgeber und die Selbständigen wenig Grund zu verstärkter Umverteilung sehen, liegen sie mit Blick auf die anderen Ungleichheitsfragen zwischen Produktions- und Dienstleistungsarbeitern einerseits und den kulturellen Experten andererseits.

Die 2007 vorgenommene Auswertung einer Studie zu soziokulturellen Milieus, die Mitte der 2000er Jahre im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt worden war, war bezogen auf die Bundesrepublik zu dem Befund gekommen: „dass die oberen Mittelschichten der Gesellschaft gespalten sind. Es gibt zum einen die marktwirtschaftlich orientierte und gemäßigt autoritäre Gruppe und es gibt zum anderen die sozial-libertäre Gruppe. Die marktwirtschaftlich orientierte und gemäßigt autoritäre Gruppe besteht aus den Milieus der Leistungsindividualisten und der etablierten Leistungsträger. Ihr Gesamtanteil an der (wahlberechtigten) Bevölkerung beträgt rd. 26 Prozent. Die sozial-libertäre Gruppe setzt sich aus den kritischen Bildungseliten und dem engagierten Bürgertum zusammen. Sie hat einen Anteil von rd. 19 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger.“ (Brie 2007, 22) Die erstere Gruppe sei vor allem im privatwirtschaftlichen und unternehmerischen Bereich tätig, letztere im Bereich der kulturellen und sozialen Dienstleistungen. Jeder dieser Sektoren hat eine je eigene Logik.

Aus diesem Befund wurde damals die folgende Schlussfolgerung gezogen: „Wie unterschiedlich die genannten Milieus eingestellt sind, wird deutlich, wenn man ihr Verhältnis zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft („Der Staat soll der Wirtschaft Vorgaben machen und auf deren Einhaltung dringen.“) bzw. zu einer autoritären Führung („Um unsere Probleme im Land zu lösen, ist eine starke politische Führung wichtiger als demokratische Beteiligung der Bürger.“) befragt. Die Spaltung ist ganz offensichtlich und auf Grundfragen der Gesellschaftspolitik bezogen [...]. Je stärker die Forderung nach staatlicher Intervention, umso stärker auch die Forderung nach demokratischer Partizipation. Je härter die Freiheit der Märkte gefordert wird, umso autoritärer auch letztlich die Einstellungen. Während die sozial-libertären Gruppen dem Leitbild einer sozialen Demokratie (vor allem das etablierte Bürgertum) oder des demokratischen Sozialismus (vor allem die kritischen Bildungseliten) folgen, sind die marktorientierten Kräfte einem liberalen Leitbild mit mehr oder minder starken autoritären Elementen verpflichtet.“ (ebd., 22f.) Während die bessergestellten Gruppen der Gesellschaft in der sozialen Frage relativ stark und in den anderen Ungleichheitsfragen moderat auseinander liegen, sind, so der damalige Befund, die weniger gut Gestellten weitgehend einig: „Es sind die Unterschichten, die mehr als die anderen gesellschaftlichen Gruppen nach Werteeinstellungen und Erwartungen an Staat und Gesellschaft vereint sind [...]. Und sie sehen sich dabei in großer Gemeinschaftlichkeit mit der bedrohten Arbeitnehmermitte. Von unten und aus dem Blickwinkel vom Abstieg bedrohter Gruppen sieht die Gesellschaft viel einheitlicher aus als von oben – nämlich

ungerecht, undurchlässig für den Aufstieg, wenig demokratisch, bedroht von außen und durch ‚andere‘, gespalten in Arme und Reiche. [...] Vor allem vom Staat wird die Lösung erwartet, die aus eigener Kraft oder durch ‚die Wirtschaft‘ kaum oder nicht möglich scheint. Die Unterstützung für autoritäre Politikformen ist moderat bis stark.“ (ebd., 29)

Linkslibertäre Positionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Kritik an Ungleichheit entlang der genannten vier Dimension (oder auch anderer) aus dem Kontext der kapitalistischen Klassengesellschaft herauslösen und verabsolutieren. Sie werden damit zu (schlechter) Ideologie und verkennen den „Doppelcharakter des Fortschritts, der stets zugleich das Potential der Freiheit und die Wirklichkeit der Unterdrückung“ (Adorno 2001, 276) entwickelt. Die vorbehaltlose Bejahung jeder Verteilung von Reichtum als der nach den Bedürfnissen, die bedingungslose Begrüßung von Einwanderung (sprich: von „offenen Grenzen“), die Heraushebung der Genderdifferenzen in Sprache und Kultur sowie Privilegierung der Ökologie gegenüber sozialen Fragen werden als „progressive“ Haltungen anerkannt, das „Ja, aber“ oder „teils, teils“ dagegen als konservativ abgewertet. Genau dieses „Ja, aber“ oder „teils, teils“ sind die vorherrschende Sichtweisen der Lohnarbeitenden in der Bundesrepublik und weit darüber hinaus (siehe mit Blick auf Zuwanderung Faus/Storks 2019; Wieland 2024). Sie ziehen ihre Forderung nach Anerkennung aus eigener Leistung; sie wägen ab, ob ihnen Respekt gezeigt wird; sie fragen, was welche Einwanderung und welche Art von „grüner“ Transformation in einer kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft für sie bedeutet. Und sie müssen es tun, weil ihnen immer wieder Respekt versagt wird, weil sie es sind, die angesichts des Macht- und Eigentumsmonopol im Kapitalismus die Rechnung bezahlen, und ein wirklicher ökologischer Richtungswechsel nicht in Sicht ist, für den auch die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden, damit er nicht zum asozialen Kahlschlag wird. Einem bedingungslosen Grundeinkommen können sie anders als der bedarfsorientierten Grundsicherung nichts abgewinnen. Das arbeiterliche Bewusstsein denkt Rechte und Pflichten zusammen.

Eine linke Einheit mit den Lohnarbeitenden herzustellen, ist deutlich leichter in ruhigen Zeiten und bei jenen Fragen, die bei den Bürgerinnen und Bürgern bis auf Nuancen weitgehend unumstritten sind. Sie wird auf die Probe gestellt, wenn die Gesellschaft in heftige krisenhafte Anspannung versetzt wird, wenn gegensätzliche Positionen schmerzhaft aufeinanderprallen, bei den Triggerpunkten (Mau et al. 2023b, 244–278). In genau in solchen Zeiten und bei solchen Punkten hat die Führung der LINKEN seit 2015 drei Mal versagt – im „Sommer der Migration“, als der Anschein erzeugt wurde, offene Grenzen seien eine reale unmittelbare Option der Solidarität, in der Pandemie, als jede überzeugende Kritik an der Gleichschaltung der öffentlichen Meinung und harter, wie sich später herausstellte, unnötiger Eingriffe unterblieb, und im Ukraine-Krieg, des Wesens dieses Krieges als Angriffskrieg Russlands übernommen wurde und den interimperialistischen Charakter dieses Konflikts zu vernachlässigen (siehe kritisch dazu Brie 2024b; Brie 2024a). Dieses dreifache Versagen hat zur Spaltung der LINKEN geführt und ihr enorm an Ansehen in der lohnarbeitenden Klasse gekostet. Sie wurde als zu leicht, sprich als zu abgehoben libertär befunden.

Im Brief des Netzwerk Progressive Linke nach den Europawahlen wird die Forderung erhoben, „einen klaren Schnitt“ zu ziehen „mit dem raunenden Antikapitalismus und mit dem opportunistischen Versuch, Klassenbindung über das Andocken an Vorurteile, Ängste und rechte Illusionen zu simulieren“ (Netzwerk Progressive Linke 2024). Lenin paraphrasierend kann man darauf nur antworten: Wer Politik nur mit jenen machen will, die keine Vorurteile, Ängste und Illusionen haben, der versteht nichts von wirklicher Politik (Lenin 1971, 363f.). Lenin wusste: „Massenkampf“ ist nur möglich, wenn Gruppen, die voller Vorurteile haben, mit diesen daran teilnehmen. Die „Vorurteile“ selbst sind Produkt der Klassen- und Konkurrenzgesellschaft, in der wir leben. Und es ist auch ein Vorurteil, als ob irgendjemand frei von diesen Einflüssen der eigenen sozialen Lage sei. Kein Wunder, dass sich jene, die aus der Arbeiterklasse kommen, durch sollte Linke abgewertet und von ihnen verachtet fühlen (Baron 2016). Aufgabe der Linken ist es, diesen Kampf unter den gegebenen Bedingungen und gemeinsam mit jenen, die durch sie geprägt sind, zu führen, sprich, ihm im Dialog mit den Lohnarbeitenden eine linke solidarische Richtung zu geben und dabei die eigenen Vorurteile in der praktischen Zusammenarbeit kritisch zu reflektieren.

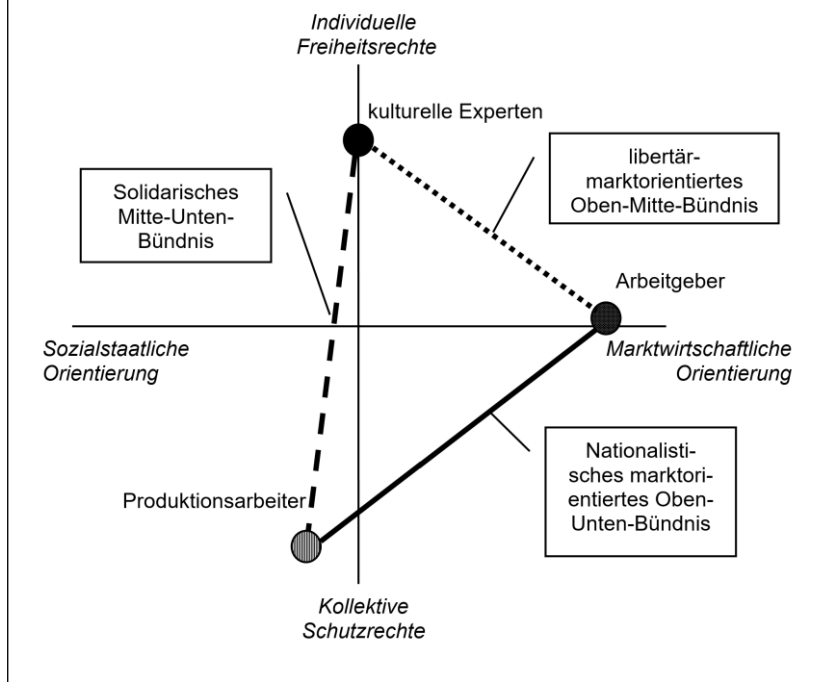
These 3: Es sind drei Bündnisse möglich, die auf Hegemonie zielen.

Neuere Untersuchungen, die auf eine Vielzahl europäischer Staaten mit je unterschiedlichen Modellen von Sozialstaat oder wohlfahrtsstaatlicher Regulierung durchgeführt wurden, kommen wie schon die zitierte Analyse von 2007 mit Blick auf die Differenzen zwischen den Milieus der Klassengesellschaft zu dem Schluss: „Der Staat-Markt-Konflikt besteht zwischen Produktionsarbeitern und Managern (mit soziokulturellen Fachkräften dazwischen), während der ‚neue Klassenkonflikt‘ zwischen Produktionsarbeitern und soziokulturellen Fachkräften diese Gruppen vor allem durch die Dimension Universalismus-Partikularismus unterscheidet. Im Hinblick auf wirtschaftliche Konflikte in postindustriellen Gesellschaften ist diese Feststellung von entscheidender Bedeutung, da sie zeigt, dass die Mittelschicht in Bezug auf die ökonomische Verteilungspolitik gespalten ist. Der Wirtschaftskonflikt kann daher nicht mehr nur als ein Konflikt zwischen Ober- und Unterschicht dargestellt werden. Die Oberschicht ist in Bezug auf ihre ökonomischen Präferenzen sehr heterogen geworden [...]“ (Häusermann/Kriesi 2015, 218)

Diese Differenzen können in einem Koordinatensystem dargestellt werden, dessen horizontale Achse entlang der Differenz zwischen Sozialstaatsorientierung vs. Marktorientierung bzw. Staat vs. Markt definiert wird. Umstrittener ist die Bestimmung der vertikalen Achse des Koordinatensystems. Verbreitet ist die Polarisierung libertär vs. autoritär (siehe jüngst Kitschelt/Rehm 2022; kritisch dazu Brie 2022). Häusermann und Kriesi wie auch Mau, Lux und Westheuer verwenden die Begriffe universalistisch vs. partikularistisch. Während die Bezeichnung der horizontalen Achse sich auf Institutionen konzentriert, sind die der vertikalen Achse zumeist normativ sehr aufgeladen. Ich werde deshalb im Weiteren die Pole individuelle Freiheitsrechte vs. kollektive Schutzrechte benutzen, was die Dichotomie von Universalismus und Partikularismus aufgreift und zugleich deutlich neutraler ist, um Analyse zu ermöglichen (Bourdieu 1990, 45). Zugleich werde ich auch die Begriffe des Libertären wie Konservativen verwenden, was einschließt, die Legitimität des Konservatismus der Lohnarbeitenden anzuerkennen, die sich gegen ihre ökonomische, soziale und kulturelle Abwertung auflehnen. Es gibt einen Konservatismus der Herrschenden, die ihre Macht- und Eigentumsprivilegien bewahren wollen, und einen Konservatismus der Lohnabhängigen, die ihre hart erkämpften sozialen Erregenschaften verteidigen. Linke politische Kräfte haben die Aufgabe, diese Verteidigung gegen die kapen Herrschaftsprojekte in solidarische Bahnen zu führen und dagegen zu kämpfen, dass er von rechts okkupiert und monopolisiert wird.

Wie schon in dem zitierten Aufsatz von 2007 kommen Häusermann und Kriesi in ihrer vergleichenden Studie zu dem Schluss, dass die sozialkulturellen Milieus in einem Dreieck visualisiert werden können, das in einem zweidimensionalen Koordinatensystem darstellbar ist. Die Ecken des genannten Dreiecks werden bei Mau, Lux und Westheuer wie auch bei Häusermann und Kriesi durch die Produktionsarbeiter, die sozialkulturellen Experten und die Manager/Arbeitgeber gebildet, die jeweils die äußeren Positionen einnehmen. Die anderen Gruppen (Dienstleistungsarbeiter, Bürokräfte, Kleinunternehmer, Management und technische Experten) befinden sich weitgehend innerhalb der durch die Verbindung der drei Pole gebildeten Grenzen (siehe die Abbildung 8.5: Berufsklassen im Konfliktraum in Häusermann/Kriesi 2015, 218).

Grafik 1: Orientierungen von Berufsklassen und mögliche klassenverbindende Bündnisse



Den Seiten des Dreiecks entsprechen drei unterschiedliche Klassenkonstellationen, auf deren Basis eine mehrheits- und hegemoniefähige Politik angestrebt werden kann: Ein Oben-Mitte-Bündnis mit libertär-marktzentrierter Orientierung, ein Oben-Unten-Bündnis mit marktzentrierter nationalistischer Ausrichtung und ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis, das Schutz mit libertären Forderungen zu verbinden sucht (siehe Grafik 1). Folgt man Mau, Lux und Westhäuser, auf deren Basis Grafik 1 erstellt ist, wird deutlich, dass unter allen drei Bündnissen ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis durch den größten Ab-

stand der Pole geprägt ist. Während die Differenz entlang der Achse Sozialstaat – Markt verschwindend gering ist, ist sie entlang der Achse individuelle Freiheitsrechte – kollektive Schutzrechte außerordentlich hoch. Und da genau letzterer Konflikt gegenwärtig dominiert, ist die Herstellung eines Mitte-Unten-Bündnisses besonders schwierig, während die des neoliberalen Oben-Mitte-Bündnisses oder des nationalistischen marktorientierten Oben-Unten-Bündnisses – mit Abstrichen – deutlich einfacher sind. Christoph Spehr irrt in einer Analyse des BSW sich gründlich, wenn er behauptet, „dass sich Parteien auf längere Sicht entweder im links-links-Quadranten [in der Grafik 1 oben links – M.B.] oder im rechts-rechts-Quadranten [in der Grafik 1 unten rechts – M.B.] aufhalten – mit unterschiedlicher Nähe zur Mitte, unterschiedlichen Akzenten und gelegentlichen Flirts zur Grenzüberschreitung“ (Spehr 2023). In der neoliberalen Ära hat sich der Machtblock weitgehend auf ein libertär-marktorientiertes Oben-Mitte-Bündnis verständigt (in der Grafik oben rechts), das nun von rechts herausgefordert wird, während ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis (in den beiden linken Quadranten) in fast allen Ländern schwach ist. Die Ursache dafür ist, so Kitschelt und Rehm, dass die Gruppen mit niedrigerem Einkommen und ohne Hochschulbildung in der Umverteilungsfrage nach links tendieren, aber in anderen Ungleichheitsfragen eine „Vision von autoritärer gesellschaftlicher Regulierungsweise“ (Kitschelt/Rehm 2022, 30) haben, sprich: vor allem ausdrücklichen Schutz erwarten und politisch heimatlos sind und deshalb auch zur Wahlabstinenz oder Wechselwählerschaft tendieren. Diese Schutzerwartung ist aber, so alle Untersuchungen, bei der Arbeiterschaft und den unteren Angestellten mehrheitlich weder homophob noch ausländerfeindlich oder blind für ökologische Fragen. Es ist keine Nein-, sondern vor allem eine Ja-aber-Position. Der Schwerpunkt der rechten Wählerschaft liegt bei den Gruppen, die über relativ hohes ökonomisches Potential, aber nicht über Hochschulbildung verfügen (ebd.). Die früheren Wählerinnen und Wähler sozialdemokratischer oder anderer linker Parteien sind keinesfalls mehrheitlich in das radikal rechte Lager übergelaufen (Häusermann et al. 2021). Wer ihnen aber im Namen der LINKEN offene Grenzen als „grenzenlosen Pragmatismus“ verkaufen will wie Christoph Spehr (Spehr 2018), der verkauft sie für grenzenlos naiv und entfremdet sie von der Linken. Und wo sollen Menschen willkommen sein, wenn nicht in einer lebenswerten Heimat, die es zu erhalten und zu verschönern gilt?!

These 4: Die Abspaltung des BSW entstand aus der Unfähigkeit oder dem Unwillen der Führung der LINKEN, die eigene Wählerschaft zusammenzuführen.

Die Partei DIE LINKE hatte seit 2005 bis 2017 eine sehr heterogene Wählerschaft. Dies teilte sie mit der PDS als einer Vorgängerpartei im Osten Deutschlands. Bei der Bundestagswahl von 2009, als die Partei DIE LINKE ihr (bisher) bestes Ergebnis (11,7 Prozent der abgegebenen Stimmen) erzielte, hatten sich unter den Wählenden 18 Prozent der Arbeiter, 11 Prozent der Angestellten, 7 Prozent der Selbständigen, 12 Prozent der Rentner und 25 Prozent der Arbeitslosen (mehr als bei SPD und CDU/CSU) dafür entschieden, der Partei DIE LINKE ihre Stimme zu geben. Fast gleichmäßig haben Personen mit sehr unterschiedlichen Bildungsabschlüssen DIE LINKE gewählt: Hauptschulabschluss: 12 Prozent, mittlere Reife: 14 Prozent, Abitur 12 Prozent, Hochschulabschluss 11 Prozent (Hoff/Kahrs 2009, 19, 24). Diese Heterogenität ist die Bedingung des Erfolgs jeder Partei, die über eine enge Nische hinauswirkt und sich deshalb dauerhaft zu etablieren vermag (Bartolini/Mair 2008). Mau, Lux und Westheuer weisen nach, dass die soziale Heterogenität der Wählerschaft dazu führte, dass Wählerschaft der LINKEN zwar bis in die späten 2010er Jahre in der Umverteilungsfrage ganz in Übereinstimmung mit den Positionen der Partei selbst dezidiert linke Positionen vertrat, aber mehr als bei jeder anderen Partei in den drei anderen Arenen von Ungleichheit (Innen-Außen, Wir-Sie, Heute-Morgen) faktisch über das ganze Spektrum von „konservativ“ bis „progressiv“ verteilt war: „Es zeigt sich das Bild einer gespaltenen Partei: Zu migrationspolitischen Fragen scheint es unter Linken-Wählern zwei Haltungen zu geben – eine eher mittige bis migrations-skeptische und eine empathisch migrationsoffene. Ebenso liegt bei den Wir-Sie-Ungleichheiten der Schwerpunkt zwar klar näher beim anerkennungsbereiten Pol, es findet sich aber, flapsig gesprochen, auch ein ‚Wagenknecht-Hügel‘, wo das Lamento über die übertrieben diversitätssensiblen ‚Lifestyle-Linken‘ vermutlich geteilt wird und der einstellungsmäßig auf AfD-Höhe liegt. Bei der Klimapolitik zeigen sich sogar drei Wölbungen: Eine Subgruppe sammelt sich wiederum in politischer Nähe zur AfD-Wählerschaft, eine in der Mitte des Spektrums und eine stark klimaprogressive Gruppe sieht die Sache ähnlich wie die Grünen. Jenseits der sozialen Frage scheint man sich im Wählermilieu der Linken uneinig zu sein; das Elektorat zerfällt in zwei oder drei Teilfraktionen, die den innerparteilichen Flügeln von Linkskonservativen, Moderaten und Linksprogressiven entsprechen.“ (Mau et al. 2023b, 361)⁴ Was der Führung der LINKEN fehlte, war die Fähigkeit zu dialektischer Politik, die noch aus dem Gegenwind des herrschenden Finanzmarkt-Kapitalismus, der auch in den Einstellungen der lohnarbeitenden Klasse verkörpert ist, die Kraft zieht, gegenzuhalten (Benjamin 1991, 592). Die Fähigkeit (wie wohl teilweise auch den Willen) dazu hatten weder die Parteivorsitzenden noch Sahra Wagenknecht oder die meisten Strömungen in der Partei.

Bei den Wahlen zum Europaparlament haben sich stark überdurchschnittlich Arbeitslose von der Partei DIE LINKE abgewandt, aber auch Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter und Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen. Insgesamt waren es vor allem Bürgerinnen und Bürger, die ihre wirtschaftliche Lage als weniger gut oder schlecht ansahen (Neu/Roose 2024, 12, 14) Und während das BSW bei allen sozialen Gruppen bis auf Beamte und Landwirte weitgehend gleiche Anteile erhielt, erhielt es geradezu spiegelbildlich zu den Verlusten der LINKEN besonderen Zuspruch bei jenen, die sich in einer angespannten und schwierigen sozialen Situation sehen (ebd.). Besonders hervorstechend ist, dass die Linke von 4 Prozent derer gewählt wurden, die sich zur muslimischen Konfession bekennen, aber 19 Prozent mit muslimischer Konfession das BSW wählten, mehr als jede andere Partei. Während medial das BSW geradezu als ausländerfeindlich dargestellt wird, ist ihr Anteil an muslimischen Wählerinnen und Wählern also drei Mal höher als sein Gesamtanteil an den insgesamt abgegebenen Stimmen, während er bei den Grünen nur ein Drittel beträgt, also weit unterproportional ist. Entgegen medial immer wieder kolportierten und in Teilen der LINKEN bereitwillig aufgegriffenen Aussagen hat das BSW fast ein Viertel seiner Stimmen von früheren SPD-Wählerinnen

⁴ Es sei angemerkt, dass dies ein Grundproblem aller dezidiert linken Parteien in der Europäischen Union ist. Das Schicksal dieser Parteien hängt davon ab, wie die damit verbundenen Widersprüche vermittelt werden und ein erkennbares klares Profil und ein Gebrauchswert entstehen, die die Bürgerinnen und Bürgern überzeugt.

und -Wählern und knapp 20 Prozent von denen der LINKEN erhalten, also vor allem im linken Feld reüssiert. Nur rd. 7 Prozent von Wählerinnen und Wählern der Grünen bzw. der AfD wandten sich dem BSW zu, rd. 10 Prozent jeweils von CDU/CSU und FDP. Der Generalsekretär des BSW, Christian Leye, äußerte sich nach den Wahlen zum Europaparlament so über seine Partei: „Im klassischen Sinne sind wir eine linke Partei. Denn wir vertreten das, was früher links war – soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und Frieden. Aber für viele Menschen außerhalb der Berliner Politikblase haben die Begriffe links und rechts ihre Bedeutung verloren. Für sie steht links für eine bevormundende Politik von oben herab, die ihre Lebensbedingungen nicht verbessert.“ (Leye 2024)

Die Europawahlen haben die Annahmen der Studie über das Wählerpotential der LINKEN der Rosa-Luxemburg-Stiftung von 2023 fast durchgehend falsifiziert: „Sowohl Die Linke als auch das BSW haben ein relevantes Wähler*innenpotenzial, wobei das Potenzial der Partei Die Linke etwas größer ist als das des BSW. Vor allem im Osten der Republik scheint das Wähler*innenpotenzial der Partei Die Linke stabil und hoch zu sein, während die Werte für das BSW in jüngster Zeit als überschätzt erscheinen. Die Wähler*innenpotenziale der beiden Parteien überschneiden sich weniger als erwartet. Nur ein kleiner Teil der Befragten mit einer Wahlabsicht für Die Linke kann sich vorstellen, eventuell auch das BSW zu wählen. Demgegenüber können sich viele Befragte, die beabsichtigen, für AfD bzw. FDP zu stimmen, auch vorstellen, eine von Wagenknecht geführte Partei zu wählen.“ (Candeias 2023a, 47) Die Botschaft, DIE LINKE habe die Arbeiter „eigentlich“ nicht verloren, steht in direktem Kontrast zu dem realen Wahlverhalten der Arbeiter am 9. Juni 2024.

Mit der Abspaltung des BSW sind eine LINKE Minus (und keine LINKE*plus*, auf die gehofft wurde (Candeias 2023c)) und eine neue Partei entstanden, die der LINKEN harte Konkurrenz macht. Diese Spaltung hat getrennt, was bei der Gründung der Partei DIE LINKE mit großem Glück und politischen Geschick verbunden wurde – ein breites Spektrum mit sehr unterschiedlichen Positionen aus PDS, SPD, Grünen, gewerkschaftlichen Kreisen, sozialen Bewegungen, kommunistischen Gruppen, linken Aktivistinnen und Aktivisten. Mit ihrer klaren Frontstellung zu Neoliberalismus, Finanzmarkt-Kapitalismus, Imperialismus und Krieg gab es hohe Gemeinsamkeiten. Die Gründung der LINKEN 2007 war die größte Errungenschaft der Linken in Deutschland seit 1990. Diese vorhandenen Gemeinsamkeiten traten in dem Maße in den Hintergrund, wie neue Probleme sich in den Vordergrund schoben und die gemeinsame Arbeit daran und die konsequente Parteientwicklung ausblieb. Auslöser war der Zuzug vieler Migrantinnen und Migranten 2015 und danach, die Pandemie und der Ukraine-Krieg. Mehrheiten auf Parteitag und in der Führung der Partei bezogen nun Positionen, die eine Absage an jene unter den Wählerinnen und Wählern darstellten, die kollektiven Schutz einforderten, wirkliche Friedenspolitik verlangten und früher einen größeren Teil der Wählerschaft ausmachten.

Die Aufforderung an Sahra Wagenknecht und ihre Anhänger sowie jener, die die Klassenfrage in den Vordergrund stellten, sich den Mehrheitspositionen von Parteitag und Parteivorstand in Fragen von Migration oder Ukraine-Krieg unterzuordnen, hätte von diesen verlangt, die Abkehr von der sog. linkskonservativen Wählerschaft zu vollziehen. Umgekehrt vertrat gerade Sahra Wagenknecht mit großem Verve und Wirksamkeit Positionen, die im linkslibertären Milieu auf massive Ablehnung stoßen mussten. Auf dem Erfurter Parteitag im Juni 2022 hatten die Delegierten jenen Strömungen, die in Fragen des Ukraine-Krieges eine stärkere Verurteilung nicht nur der russischen, sondern auch der westlichen Politik anmeldeten und klassenbezogen argumentierten, eine klare inhaltliche wie personelle Absage erteilt und vermittelnde Ansätze abgelehnt. Dies hat die Axt an die Einheit der Partei gelegt und ihre Spaltung weiter vorangetrieben. Und als der Parteivorstand den Angriff auf die Organisatorinnen der Demonstration (Wagenknecht und Schwarzer) vor dem Brandenburger Tor am 25. Februar 2023 als Betreiber eines gemeinsamen Marschieren mit Faschisten („Querfront“) deckten, war der Schwesternmord auf offener Bühne vollzogen und die Parteispaltung unvermeidlich geworden. Die Versuche zu vermitteln, waren endgültig zum Scheitern gebracht worden. DIE LINKE als klassenverbindendes Projekt eines breiten solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses wurde von zwei Seiten zerstört. Die objektiven Ursachen liegen in der ungeheuren Spannbreite jener Positionen, die hätten verbunden werden müssen in einer Situation hoher Komplexität. Die subjektiven Gründe liegen in einer eklatanten Führungsschwäche, die genau in dem Moment einsetzte,

als die Partei selbst die größten Erfolge hatte und nie überwunden wurde (siehe dazu Zimmer et al. 2024). Es entstand nach 2009 kein strategisches Zentrum mit der notwendigen Führungs- und Integrationsfähigkeit gegenüber den auseinandertreibenden Kräften. Gerade eine Partei, die ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis anstrebt, braucht aber ein solches starkes Zentrum.

These 5: DIE LINKE steht vor der – fast – unmöglichen Aufgabe, sich unter den Bedingungen der Konkurrenz im linkslibertären wie linkskonservativen Feld zu erneuern

DIE LINKE und das BSW sehen sich nun in einer jeweils völlig unterschiedlichen Situation. Bei der Bildung des BSW folgt Sahra Wagenknecht einer Strategie, die auch Antonio Gramsci im Auge hatte, als er moderne Parteien mit Armeen verglich. Er machte darauf aufmerksam, dass es leichter ist, ausgehend von einem Generalstab „mit einer in hohem Maß kohäsiv wirkenden, zentralisierenden, disziplinierenden und (vielleicht gerade deshalb) erfinderischen Kraft begabt“ und „ausgebildeten Offizieren“ eine Armee aufzustellen, als „Offiziere auszubilden“: „Dafür spricht jedenfalls, dass eine [bereits bestehende] Armee zerstört wird, wenn es an Offizieren mangelt, während eine existierende Gruppe von Offizieren, gut eingespielt, in gutem Einvernehmen miteinander, mit gemeinsamen Zielen, nicht lange braucht, um eine Armee auch dort aufzustellen, wo es keine gibt.“ (Gramsci 1996, 1696) Das BSW wird von oben aufgebaut. Zunächst wird ein hinreichend breites „Offizierskorps“ gebildet, bevor die Partei in der Breite geschaffen werden soll. Damit soll die Eigendynamik eines „Haufens“ zuströmender Sympathisanten kontrolliert werden. Sahra Wagenknecht hat aus dem Projekt Aufstehen gelernt. Ein größerer Teil gut ausgebildeter und erfahrener „Offiziere“ des BSW kommen aus der Mutterpartei DIE LINKE und aus einer Reihe anderer Zusammenhänge.

Ganz anders stellt sich die Lage für DIE LINKE dar. Genau in dem Augenblick, wo sie, so Gregor Gysi, „eine strukturelle, politische und personelle Erneuerung“ (Christmann 2024) braucht, ist ein entscheidender Teil des dafür notwendigen Offizierskaders – um Gramscis militärische Sprache weiter zu benutzen – von Bord gegangen und Teile der Schiffsmannschaft befinden sich in heller Auflösung, andere warten noch ab bis zum Parteitag im Oktober dieses Jahres, wieder andere setzen sich mit aller Kraft für die Stabilisierung vor Ort ein. Die innerparteiliche Formierung derer, die um DIE LINKE als sozialistischer, mit den Lohnarbeitenden verbundenen und von ihnen ausgehenden Kraft kämpfen, ist bisher nicht gelungen. Ob es vor diesem Parteitag doch noch gelingt, das schon lange geforderte „strategische Zentrum“ zu bilden (Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2022) und ob es noch jene Vermittlungsgruppe in hinreichender Größe und Disziplin findet, die dafür notwendig ist (Gramscis Offizierskorps), ist völlig offen. Ohne dies aber wird – wie im Bauernkrieg – der „helle Haufen“ auseinanderlaufen.

Über diese innerorganisatorisch sehr unterschiedliche Lage der LINKEN und des BSW hinaus gibt es auch Unterschiede im Feld des Parteienwettbewerbs. DIE LINKE scheint weiter dem Konzept der „disruptiven Erneuerung“ zu folgen: „Nur in klarer inhaltlicher wie symbolischer Abgrenzung vom Linkskonservatismus und durch kluge Neuorientierung und Bündnispolitik kann sie wieder eine attraktive Repräsentantin und Partnerin einer breiteren gesellschaftlichen Linken werden.“ (Candeias 2023b) Diese Orientierung auf die „Abgrenzung vom Linkskonservatismus“ ist unvermeidlich eine Abgrenzung von tief verwurzelten, durch die Klassengesellschaft bedingte Einstellungen größerer Teile der Lohnarbeitenden und orientiert damit zwangsläufig darauf, sich vor allem jenen Gruppen mit höherem kulturellen Kapital zuzuwenden. Dies ist, unabhängig von den Intentionen, damit auch eine Absage an ein die Klasse verbindendes Mitte-Unten-Bündnis.

Für die Fortsetzung der bisherigen linkslibertären Linie sprechen Stellungnahmen der Parteiführung nach den Wahlen, neuere Positionen zu Rassismus, Migration und Einbürgerung, wie sie jüngst von Janine Wissler vorgestellt wurden (DIE LINKE 2024). Dieser Ansatz kann unter sehr bestimmten Bedingungen aufgehen. Das linkslibertäre Milieu ist groß genug, bezieht man es auf die soziokulturell „avantgardistisch“ geprägten Gruppen (Vester 2021, 8) oder die von Sinus ausgemachten Milieus von Postmateriellen, Expeditiven und Neoökologischen Gruppen (Barth et al. 2023). Man sieht in skandinavischen linken Parteien ein Vorbild. Auch ist die

Mitgliedschaft der Partei DIE LINKE mittlerweile in beträchtlichem Maße durch linkslibertäre akademische Milieus geprägt (dies noch prüfen und belegen). Viele Neumitglieder, die sich nach der Abspaltung des BSW der LINKEN zuwandten, haben dies getan, weil sie in einer konsequent linkslibertären antikapitalistischen Orientierung ein Alleinstellungsmerkmal der Partei sehen.

In Deutschland ist aber das linkslibertäre Feld hart umkämpft. In ihm dominieren die Grünen, aber auch Volt oder die Piraten (zusammen entfielen auf die beiden fast 1,8 Mio. Stimmen bei der Europawahl) und anderen. Es ist schwer vorstellbar, dass die Partei DIE LINKE bis zur Bundestagswahl 2025 in der Lage sein wird, so erfolgreich ihre Positionen in diesem Feld auszubauen, dass dies die notwendigen fünf Prozent der abgegebenen Stimmen sichert. Zugleich ist durch die Gründung des BSW und seine bisherigen und absehbaren Erfolge der LINKEN die Chance auf einen Erfolg bei einer möglichen Hinwendung zu „linkskonservativen“ Milieus der Arbeiterinnen und Arbeiter weitgehend verbaut. Ihr eigenes Spaltungsprodukt verhindert dies. Das BSW ist gerade im Osten Erbe von PDS und LINKER. Es kannibalisiert die Ursprungspartei. Gerade die Schwäche der LINKEN macht das BSW zusätzlich zur attraktiven Alternative zur AfD. Hinzu kommt: Auch die SPD kämpft um das sog. sozialkonservative Feld und hat 2021 unter dem Stichwort „Respekt“ relativ erfolgreichen Wahlkampf geführt. Wenn diese Einschätzung stimmt, dann kann am Ende DIE LINKE sich weder mit der disruptiven Verschärfung des linkslibertären Kurses noch mit einer Wende hin zu einem solidarischen Mitte-Unten-Bündnis kurz- und mittelfristig Chancen ausrechnen. Ihr Absturz in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit wird, bleibt der Erfolg aus, dann kaum noch aufzuhalten sein. Der PDS half nach 1990 trotz nur 2,8 Prozent der Stimmen die alte Grundmandatsklausel, nach der drei Direktmandate ausreichen, um zumindest mit Gruppenstärke im Bundestag präsent zu sein. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Klausel noch einmal bestätigt. Die Frage ist nur, ob DIE LINKE 2025 wie die PDS in den 1990er Jahren oder selbst 2021 noch über Hochburgen verfügt, die ihr diese Direktmandate sichern.

Anders sieht auch in dieser Frage die Lage des BSW aus. Bezüglich des Zuspruchs durch Bürgerinnen und Bürgern steht das BSW schon jetzt deutlich besser da als DIE LINKE. Es hat ein Feld besetzt, in dem es wenig Konkurrenz gibt, aber viele Nicht- und Wechselwähler. Erst hat die SPD hier viele politisch Heimatlose hinterlassen, dann auch noch DIE LINKE. Im Osten Deutschlands wollen 56 Prozent der Bürgerinnen und Bürger das BSW in der Landesregierung sehen. Verfolgt das BSW seinen jetzigen Kurs stabil weiter, wird es sich bis zur Bundestagswahl bundesweit etablieren. Auch beim BSW stehen Konflikte ins Haus, sei es mit Blick auf Regierungsbeteiligungen auf Landesebene. Sie sind aber wahrscheinlich beherrschbar. Angesichts der Tatsache, dass das BSW vor allem von links gewählt wurde, mit Abstrichen auch aus dem Feld derer, die als Selbständige und kleinere Unternehmer sich behaupten, könnte das BSW versuchen, das Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit, Demokratie und des Friedens weiter konsequent auszubauen. Das kann es aber nur, wenn es spätestens nach 2025 die Stärken auch von linkslibertären universalistischen Anliegen in sich aufnimmt. Es würde dann Hegel folgen und als „siegende Partei“ den Pol, den sie vorher bekämpfte, integrieren (Hegel 1967, 408). Objektiv zumindest sind die Chancen des BSW, sich als integrative linke Kraft dauerhaft politisch zu behaupten, wesentlich besser als die der LINKEN *minus*. Zugleich aber hat das BSW im Prozess der Abspaltung von der LINKEN wichtige Potentiale dafür zunächst aufgegeben und ist in dieser Hinsicht verarmt.

Diese Situation muss nicht das Ende der Partei DIE LINKE sein. Parteien sind Überlebenskünstler. Will die LINKE aber mehr als eine Nischenpartei sein, dann muss sie sich auf einen Langen Marsch genauso einstellen wie auf jähe Wendungen, die neue Chancen wie Gefahren beinhalten. Der Krisen-, Kriegs- und Katastrophenkapitalismus eröffnet immer wieder neue Handlungsfenster, während er alte schließt. Der Zuwachs an neuen Parteimitgliedern ist ein Indikator für das Potential. Aber ohne Klarheit über die Ziele, den Gebrauchswert, die Kernbotschaft und eine Führung, die all dies verkörpert und vermittelt, ohne einen Generalstab und viele, die bereit sind, den Zielen dieser Partei zu dienen, wird die Partei DIE LINKE keine Zukunft haben.

These 6: Ohne sozialistische Identität kann es keine dezidiert linke Partei geben.

Linke Kräfte bedürfen unter dem überwältigenden Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse nach innen wie nach außen einer starken Identität. Diese können sie, so meine feste Überzeugung, nur in der sozialistischen Tradition, in der Tradition des Strebens nach einer solidarischen Gesellschaft als Alternative zur kapitalistischen Klassengesellschaft gewinnen. Dieser Bezugspunkt verlangt es, ganz „konservativ“ die Klassenfrage zu stellen: Wem nützt es? Wessen Position in den Eigentums- und Machtverhältnissen wird gestärkt? Welche Wege öffnen zu sozialen, demokratischen, friedensorientierten Alternativen? Wenn solche Fragen im Zentrum stehen, hört die Berufung auf Sozialismus auf, eine bloße Phrase zu sein.

Linke Politik, die die Sicht von „unten“ auf die kapitalistische Klassengesellschaft nicht absolut ernst nimmt und als *Ausgangspunkt* ihrer Politik begreift, verfehlt ihre zentrale Aufgabe. Sie wird die realen Arbeiterinnen und Arbeiter nicht für eine sozialistische Politik gewinnen können. Klassenverbindende Politik bleibt eine Phrase, wenn man gegen die Einstellungen in der Klasse konfrontativ agiert. Das Wesen einer sozialistischen Bewegung und Partei besteht in der *Verbindung* von realer Arbeiterbewegung, von realen sozialen Bewegungen und deren Anliegen mit dem Ziel der Schaffung solidarischer Gesellschaften. Rosa Luxemburg formulierte ihr Verständnis von sozialistischer, sprich revolutionärer Realpolitik, die im Kapitalismus auf die Überwindung des Kapitalismus zielt, folgerichtig so: „Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx sozialistische Arbeiterpolitik, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte revolutionäre Realpolitik ist.“ (Luxemburg 1978, 373) Diese Einheit braucht beides: Wirklichen Ausgangspunkt von der wirklichen lohnarbeitenden Klasse und dauerhafter Bezug auf das Ziel einer „Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird“ (Marx/Engels 1848, 482). Eine sozialistische Partei ist wie ein Vogel und wird nur dann fliegen können, wenn sie zwei Flügel hat – den des klassenbasierten „Konservatismus“ der populären Verteidigung der Interessen der Lohnarbeitenden und den emanzipatorischen Flügel, der den Horizont von Solidarität öffnet.

Sozialistische Klassenpolitik bedeutet, die genannten Fragen in keiner Weise zu leugnen, sondern sie ausgehend von den Lohnabhängigen her und mit ihnen gemeinsam zu stellen. Sie verlangt, die Lage, die Sichtweisen, den Stolz auf die eigene Leistung, die Ansprüche auf Selbst- und Mitbestimmung der lohnarbeitenden Klassen in ihrer Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt zu nehmen. Denn nur mit der lohnarbeitenden Klasse ist es möglich, dass Klimabewegung, Friedensbewegung, feministische, antirassistische und antifaschistische Bewegungen ihre Ziele erreichen können. Gelingt dies nicht, werden die lohnarbeitenden Klassen entweder ihr Schutzbedürfnis nur defensiv wahrnehmen können, resignieren oder sich der Neuen Rechten zuwenden. Radikale transformatorisch orientierte Realpolitik im Sinne von Rosa Luxemburg ist nur möglich durch ein in den lohnarbeitenden Klassen verwurzelt politisches Projekt. Ansonsten bleibt linke Politik das freundliche Gesicht des neoliberalen kapitalistischen Mainstreams und stärkt nolens volens die Rechte.

Nur in dem Maße, wie es gelingt, den Gegensatz linker Positionen zu denen des liberalen Mainstreams wie der Rechten ins Zentrum zu rücken, werden viele der Spannungen, die in der Wählerschaft linker Parteien und ihren Unterstützern sowie vor allem auch in der Mitgliedschaft vorhanden sind, überbrückbar (Gomez/Ramiro 2022, 132). Das Parteiprogramm von 2011 ist gerade unter diesem Gesichtspunkt weiterhin aktuell. Es verkörpert das Grundverständnis einer Linken unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Es ist diese linke Identität, die die Kraft gibt, sich hart gegen den Mainstream zu stellen. Wie Heinz Bierbaum mit Blick auf seine eigene Partei schreibt: „DIE LINKE muss sich als eine gesellschaftliche Oppositionskraft profilieren, die ausgehend von den konkreten, die Menschen bewegenden Probleme politische Perspektiven aufzeigt, die nicht nur darauf gerichtet sind, diese Probleme zu bewältigen, sondern eben auch gesellschaftliche Alternativen entwickelt. Es ist dies die über den Kapitalismus hinausweisende sozialistische Perspektive.“ (Bierbaum 2024, 9) Ohne eine tief verwurzelte sozialistische Identität und die glaubwürdige Orientierung auf ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis kann der Anpassung an den liberalen Zeitgeist und die Disziplinierung durch ihn am Ende nicht widerstanden werden. Nur so entkommt die Linke dem

Schicksal, zum Helfershelfer des autoritären Notstandskapitalismus zu werden (Soiland 2024). Das Ringen um diese Identität ist deshalb für jede dezidiert linke Partei eine der wichtigsten Zukunftsfragen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2001). *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Berlin und Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2022). Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht! Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch, abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Eine_starke_Partei_DIE_LINKE_Web2.pdf
- Baron, Christian (2016). *Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten*, Berlin: Das Neue Berlin
- Barth, Bertram/Flaig, Berthold Bodo/Schäuble, Norbert/Tautscher, Manfred (2023). *Praxis der Sinus-Milieus®: Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells 2., vollständig überarbeitete Auflage.*, Wiesbaden Heidelberg: Springer VS
- Bartolini, Stefano/Mair, Peter (2008). *Identity, Competition and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*, Colchester: ECPR Press
- Benjamin, Walter (1991). *Das Passagen-Werk*. Herausgegeben von Rolf Tiedemann, in: *Gesammelte Schriften*. Bd. V.1, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Bierbaum, Heinz (2024). Wie weiter LINKE? Die ernste Lage muss begriffen und selbstkritisch aufgearbeitet werden, in: *Sozialismus*, (7), 7–9
- Bourdieu, Pierre (1990). *Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches*, Wien: Wilhelm Braumüller Verlag
- Braband, Carsten (2024a). Auf der Suche nach den Linken-Wähler*innen, in: *Zeitschrift Luxemburg*, abrufbar unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/linke-waehler-innen-potenzial> (letzter Zugriff: 8.8.2024)
- Braband, Carsten (2024b). Studie zum Wahlergebnis der Linken zur Europawahl 2024 (Entwurf),
- Brie, Michael (2007). Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in: *Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard* (Hrsg.): *Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin: Karl Dietz, 13–45
- Brie, Michael (2022). Die Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln, in: *Berliner Debatte Initial*, Vol. 33(4), 5–15
- Brie, Michael (2003). Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektiven. RLS Standpunkte, Nr. 3, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte0303.pdf
- Brie, Michael (2024a). Ohne Frieden ist alles nichts!, in: *Sozialismus.de*, abrufbar unter: <https://www.sozialismus.de/detail/artikel/ohne-frieden-ist-alles-nichts/> (letzter Zugriff: 8.7.2024)
- Brie, Michael (2024b). Was tun in Zeiten des Krieges. Artikel im Neuen Deutschland vom 29.12.2023, in: *Linksliberal oder dezidiert sozialistisch*, Hamburg: VSA, 34–38
- Brie, Michael/Candeias, Mario (2017a). Linkspartei: Gegen das politische Vakuum, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (11), 81–86
- Brie, Michael/Candeias, Mario (2017b). Zeit für einen Strategiewechsel, in: *Neues Deutschland*
- Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.) (2007). *DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin: Dietz
- Candeias, Mario (2023a). Hat Die Linke «die Arbeiter» verloren? Nein, eigentlich nicht, abrufbar unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/51679/hat-die-linke-die-arbeiter-verloren-nein-eigentlich-nicht> (letzter Zugriff: 20.2.2024)
- Candeias, Mario (2023b). Linke Krise und Neubeginn, in: *nd-aktuell.de*, abrufbar unter: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1175327.linke-debatte-linke-krise-und-neubeginn.html> (letzter Zugriff: 30.6.2024)

- Candeias, Mario (2023c). Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, (Juli)
- Christmann, Karin (2024). „Weiter so wäre eine Katastrophe“. Gysi und Bartsch fordern neue Linken-Spitze, in: *Der Tagesspiegel Online*, abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/weiter-so-ware-eine-katastrophe-gysi-und-bartsch-fordern-politische-und-personelle-erneuerung-der-linkspartei-11948015.html> (letzter Zugriff: 3.7.2024)
- DIE LINKE (2011). Programm der Partei DIE LINKE, abrufbar unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/grundsatzdokumente/programm_formate/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011_druckfassung2020.pdf (letzter Zugriff: 9.8.2024)
- DIE LINKE (2024). Rassismus effektiv und an der Wurzel bekämpfen!, in: *Die Linke*, abrufbar unter: <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/rassismus-effektiv-und-an-der-wurzel-bekaempfen/> (letzter Zugriff: 2.7.2024)
- Die Linke (2024). Wir müssen Die Linke stark machen, um die Verhältnisse ändern zu können. Erklärung von Partei- und Landesvorsitzenden zur Europawahl und den Kommunalwahlen, in: *Die Linke*, abrufbar unter: <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/wir-muessen-die-linke-stark-machen-um-die-verhaeltnisse-aendern-zu-koennen/> (letzter Zugriff: 1.7.2024)
- Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Sittel, Johanna (2023). Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie, in: *Berliner Journal für Soziologie*, abrufbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>
- Faus, Rainer/Storks, Simon (2019). Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken, abrufbar unter: <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/umfrage-was-die-deutschen-ueber-migration-denken>
- Gomez, Raul/Ramiro, Luis (2022). *Radical Left Voters in Western Europe*, London/New York: Routledge
- Gramsci, Antonio (1996). *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Bd. 7. Hefte 12 - 15, Hamburg: Argument
- Häusermann, Silja/Kitschelt, Herbert P./Abou-Chadi, Tarik/Ares, Macarena/et al. (2021). Transformation of the Left. The Myth of Voter Losses to the Radical Right, abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/17385.pdf>
- Häusermann, Silja/Kriesi, Hanspeter (2015). What Do Voters Want? Dimensions and Configurations in Individual-Level Preferences and Party Choice, in: *Beramendi, Pablo/Häusermann, Silja/Kitschelt, Herbert P./Kriesi, Hanspeter* (Hrsg.): *The Politics of Advanced Capitalism*, New York: Cambridge University Press, 202–230
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1967). *Phänomenologie des Geistes*, Berlin: Akademie Verlag
- Hoff, Benjamin-Immanuel/Kahrs, Horst (2009). Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2009 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/leftparties/pdfs/wahlen_090927/2009_BTW_Wahlnachtbericht.pdf
- Kitschelt, Herbert P./Rehm, Philipp (2022). Polarity Reversal: The Socioeconomic Reconfiguration of Partisan Support in Knowledge Societies, in: *Politics & Society*, 1–47
- Konfuzius (1988). *Gespräche* (Lun Yu). Übersetzt und herausgegeben von Ralf Moritz, Leipzig: Philipp Reclam jun.
- Lenin, Wladimir I. (1971). Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, in: *Werke*, Bd. 22, Berlin: Dietz Berlin, 326–368
- Leye, Christian (2024). »Im klassischen Sinne sind wir links«. Interview von Wolfgang Hübner, in: *nd-aktuell.de*, abrufbar unter: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1183244.buendis-sahra-wagenknecht-christian-leye-im-klassischen-sinne-sind-wir-links.html> (letzter Zugriff: 2.7.2024)
- Luxemburg, Rosa (1978). Karl Marx (1903), in: *Gesammelte Werke*, vol. 1.2, Berlin: Karl Dietz Verlag, 369–377
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848). *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW, Bd. 4, Berlin: Dietz, 459–493

- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023a). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp Verlag*
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023b). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Online-Anhang, abrufbar unter: https://media.suhrkamp.de/mediadelivery/asset/b2146dda5514a81b848d1f6cf8434f1/Onlineanhang_Triggerpunkte.pdf?contentdisposition=inline*
- Netzwerk Progressive Linke (2024). Mut statt Angst - für eine erkennbare, demokratische, moderne Linke in Deutschland und Europa. Brief des Netzwerks Progressive Linke an den Parteivorstand DIE LINKE,*
- Neu, Viola/Roose, Jochen (2024). Tabellenanhang zur Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, abrufbar unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Tabellenanhang+Europawahl+09.06.2024.pdf/4df73688-01b4-900a-7b6b-b84e382378c9?version=2.0&t=1718110947966>*
- Soiland, Tove (2024). Was der „Kampf gegen rechts“ verdrängt. Corona, Krieg, Klima: Das Krisenmanagement trägt autoritäre und totalitäre Züge. Die das verteidigen, verstehen auch den Kapitalismus nicht, in: *Berliner Zeitung*, 19*
- Spehr, Christoph (2023). Ein Zug nach Nirgendwo, in: *Scharf links*, abrufbar unter: <https://www.scharf-links.de/news/detail-topnews/ein-zug-nach-nirgendwo> (letzter Zugriff: 3.7.2024)*
- Spehr, Christoph (2018). Für einen grenzenlosen Pragmatismus. Umriss einer fortschrittlichen Migrationspolitik, in: *Zeitschrift Luxemburg*, abrufbar unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/fuer-einen-grenzenlosen-pragmatismus-umrisse-einer-fortschrittlichen-migrationspolitik> (letzter Zugriff: 14.3.2023)*
- Vester, Michael (2021). Die Aktualität des Klassen- und Milieubegriffs, in: *sozialpsychiatrische informationen*, (2), 6–12*
- Warnke, Moritz (2024). Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024. Wahlnachtbericht und erste Deutungen, abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/RLS-Wahlnachtbericht_zur_Europawahl_in_Deutschland_2024_Moritz_Warnke_10.06.24.pdf*
- Wieland, Ulrike (2024). Willkommenskultur in Krisenzeiten. Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung zu Migration und Integration in Deutschland, abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-in-krisenzeiten> (letzter Zugriff: 8.7.2024)*
- Zimmer, Gabi/Dellheim, Judith/Hausold, Dieter/Brie, Michael (2024). Gelingt die Erneuerung als demokratische sozialistische Partei?, in: *nd-aktuell.de*, abrufbar unter: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1182866.linkspartei-gelingt-die-erneuerung-als-demokratische-sozialistische-partei.html> (letzter Zugriff: 8.7.2024)*

Zum Autor

Michael Brie ist Sozialphilosoph. Er war bis November 2023 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Buchveröffentlichung: *Linksliberal oder dezidiert sozialistisch? Strategische Fragen linker Politik in Zeiten von Krieg und Krise. Eine Flugschrift*, VSA: Verlag Hamburg 2024.